

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2015

Sehr geehrte Vertreter_innen politischer Fraktionen in Hamburg

wir, die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben + Schwule sind der Zusammenschluss von freigemeinnützigen LGBT* -Projekten unserer Stadt. Damit verfügt Hamburg über ein paritätisches Netzwerk, in dem die einzelnen, eigenständigen Einrichtungen und Projekte arbeitsteilig und in enger Kooperation verbunden sind.

Wir freuen uns auf die Beantwortung unserer Wahlprüfsteine bis zum 09. Jan. 2015 und bitten den Termin, **Dienstag, 13.01.2015 um 19:00 Uhr** für eine **Podiumsdiskussion** im Magnus-Hirschfeld-Centrum vorzumerken. Eine Einladung dazu werden wir noch im Dezember versenden.

1. Antidiskriminierung in Hamburg

Auch wenn die gesellschaftliche Akzeptanz von LGBT*I in Deutschland größer als noch vor 10 Jahren ist, zeigt sich, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Thema Homosexualität nichts zu tun haben will und LGBT*I Personen zusammen mit Migrant_innen und Nicht-Christen als sozial exkludierte Gruppe betrachtet. LGBT*I Personen fühlen sich in der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft nur unzureichend anerkannt und respektiert, was deren allgemeine Lebenszufriedenheit negativ beeinflusst. Ergänzend zu dem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2013-2015 sollen mit dem Richtungspapier des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten“ der von Intoleranz, Diskriminierung, Belästigungen und sogar Gewalt konfrontierten Lesben, Schwule, Bi- Trans* und Intersexuellen Unterstützung erfahren.

Fragen:

1,1 *Wie wollen Sie, wenn Sie in der Regierungsverantwortung stehen, sich über das Richtlinienpapier hinaus dafür einsetzen, den Diskriminierungsschutz von betroffenen Lesben, Schwulen, Transgender und Intersexuellen in Hamburg zu gewährleisten?*

Antwort der SPD:

Hamburg muss ein toleranter und liberaler Ort für LSBTI-lebende Menschen sein. Hierfür werden wir uns weiter einsetzen und Anerkennung und Akzeptanz in allen Lebensbereichen fördern. Alltagsdiskriminierung treten wir entschieden entgegen. Wir setzen bereits in Kindergarten und Schule an, um Anerkennung zu fördern. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für die vollständige rechtliche Gleichstellung einsetzen. Die Öffnung der Ehe ist hierfür der beste Weg. Zudem treten wir



LAG Lesben und Schwule Hamburg



für eine Reform des Transsexuellengesetzes ein und werden weiter die Rehabilitierung von Menschen, die wegen homosexueller Handlungen nach Paragraph 175 verurteilt wurden, verfolgen.

Antwort CDU:

Einen Diskriminierungsschutz für Lesben u-Schwule etc. kann man nur durch öffentliche Aufklärung erreichen und durch die konsequente Verfolgung von Straftatengegen LGBTI.

Antwort der FDP:

Nach unserem liberalen Weltbild sind Freiräume für die unterschiedlichen Lebensentwürfe aller Bürger zu ermöglichen. Die FDP setzt sich daher für die Rechte von Homo-, Trans-, und Intersexuellen sowie Transgender ein und will die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen. Kein Mensch darf wegen seiner sexuellen Orientierung bzw. Identität diskriminiert werden. Die FDP kämpft gegen jede Form von Homophobie und Transphobie. Wir streben einen Dialog unter Beteiligung der in diesen Fragen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Projekte an, um mögliche Handlungsfelder zu benennen und Maßnahmen zu entwickeln.

Antwort Grüne:

Wir GRÜNE kämpfen für einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie. In vielen anderen Bundesländern ist dieser bereits erarbeitet und umgesetzt worden. Zum CSD 2014 haben wir einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

1.2 Wie werden Sie die Umsetzung des Richtlinienpapiers „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten“ finanziell ausstatten? Werden Sie einen Aktionsplan für Akzeptanz initiieren?

Antwort der SPD:

Die Haushaltsplanung sieht für 2015/2016 für den Bereich Gleichstellung einen unveränderten Ansatz vor. Gleichstellung ist damit ein Bereich, der nicht von Kürzungen betroffen ist.

Antwort der CDU:

Ein Aktionsplan für Akzeptanz gegenüber LGBTI ist sicher eine gute Idee. Hiersollte der neue Senat nach der Wahl einen runden Tisch mit Vertretern der LGBTI initiieren, der die notwendigen Inhalte eines solchen Aktionsplanes diskutiert. Mit wie viel Geld die Umsetzung des Richtungspapiers „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten“ ausgestattet sein muss, kann die CDU derzeit nicht überblicken. Hier werden wir mit dem SPD-Senat nach der Wahl diskutieren, was notwendig und sinnvoll ist.

Antwort der FDP:

Die FDP steht für eine solide Haushaltspolitik. Angesichts der Verschuldung Hamburgs wollen wir daher keine neuen Ausgaben versprechen. Zusätzliche Mittel für politisch gewünschte Ziele sind für uns nur denkbar, wenn wir über eine Aufgabenkritik an anderer Stelle zu Einsparungen kommen.

Antwort Grüne:

Uns, also der Opposition, liegt das erwähnte Richtungspapier noch nicht vor. Aber wir wollen einen Aktionsplan auf den Weg bringen und diesen auch mit einer nennenswerten Summe ausstatten.

1.3 Werden Sie den Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und geschlechtlicher Identitäten erreichen, um die volle gesellschaftliche und rechtliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe zu sichern?

Antwort der SPD:



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Wir arbeiten fortlaufend daran und werden uns weiter für eine tolerante Gesellschaft einsetzen, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Unsere Anstrengungen zur Öffnung der Ehe zeugen von diesem Willen.

Ganz oben auf unserer Agenda steht ein umfassendes Handlungskonzept für Hamburg zu entwickeln und umzusetzen, um Diskriminierung im Alltag entgegenzuwirken und Akzeptanz zu fördern.

Antwort der CDU:

Inwieweit der Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen erreichbar ist, kann die CDU nicht abschätzen. Bei der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen tut sich die CDU derzeit schwer. Der Schutz von Familien und Ehen mit Kindern steht für uns im Mittelpunkt.

Antwort der FDP:

Unser Ziel ist die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen (siehe auch Frage 1.1).

Antwort Grüne:

Ja. Das Ziel der GRÜNEN in Hamburg und im Bund ist genau das. Wir wollen eine vollständige Akzeptanz erreichen. Diese muss mit einer vollkommenen rechtlichen Gleichstellung einhergehen.

1.4 Wie werden Sie das in der „Koalition gegen Diskriminierung“ formulierte Ziel die Beratungsmöglichkeiten zu verbessern, umsetzen?

Antwort der SPD:

Wir werden dieses Ziel im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umsetzen. Wichtig ist, die bestehenden Angebote zu sichern und im Rahmen der Möglichkeiten bedarfsorientiert weiter zu entwickeln.

Antwort CDU:

Indem die Beratungsstellen besser mit den Behörden vernetzt werden, eine ihre Aufgaben entsprechende Personal Ausstattung erhalten und die dafür notwendigen Mittel. Bessere und mehr Schulungen helfen sicher weiter.

Antwort der FDP:

Eine Verbesserung der Beratungsmöglichkeiten ist grundsätzlich anzustreben. Allerdings ist für uns eine finanzielle Förderung immer nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel möglich (siehe auch Frage 1.2).

Antwort Grüne:

Wir brauchen nicht nur unabhängige Beratungsstellen, sondern auch eine Stabstelle für Diversity und Antidiskriminierung, die Koordination und Controlling übernimmt und behördenübergreifend agiert. Die Antidiskriminierungsarbeit in Hamburg soll auf zwei Säulen gestellt werden. Die erste Säule ist das zivilgesellschaftliche Beratungsangebot, das ausgeweitet werden muss. Die Beratung soll unabhängig, niederschwellig und durch kompetente Mitarbeiter/-innen bei den erfahrenen Beratungsstellen stattfinden. Die zweite Säule besteht aus einer Stabsstelle als Controlling- und Aufsichtsorgan. Die Aufgabe der Stabstelle ist die Koordination, Lenkung und Berichterstattung. Sie ist zuständig für die Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit, für die Vernetzung mit allen relevanten Akteuren in der Stadt und für die Dokumentation, zur Verbesserung der Datenlage, und zur Auswertung von Forschungsergebnissen. Diese Stabstelle hatten wir in einem Haushaltsantrag im Dezember 2014 gefordert, welchen die SPD ablehnte.



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



2. Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

Diskriminierung im Alltag ist noch nicht überwunden. Viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI) berichten von Anfeindungen in der Öffentlichkeit, von Benachteiligungen in der Arbeitswelt, aber beispielsweise auch über Ausgrenzung auf dem Mietwohnungsmarkt. Immer wieder gibt es auch gewaltsame Übergriffe. Homo- und transphobe Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird. Der Kampf gegen LSBTI-Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Wir brauchen in Hamburg daher einen Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz, entsprechende Programme und gezielte Präventionsmaßnahmen, um die Arbeit für Respekt nachhaltig zu fördern. Solche Aktionspläne gibt es in immer mehr Bundesländern.

Fragen:

2.1. Werden Sie einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie verabschieden? Wenn ja, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit im Alltagsleben sollen darin enthalten sein?

Antwort der SPD:

Diese Thematik ist ein entscheidender Teil unserer Agenda. Um Diskriminierung im Alltag entgegenzuwirken und Akzeptanz für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu fördern haben wir in Zusammenarbeit mit den beteiligten Einrichtungen und Zielgruppen vielfältige Maßnahmen identifiziert, die wir jetzt umsetzen werden. Allen ist klar, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die in den unterschiedlichen betroffenen gesellschaftlichen Lebensbereiche angegangen werden muss, um der Vielschichtigkeit gerecht zu werden.

Antwort der CDU:

Einen Aktionsplan gegen Homophobie kann nur der amtierende SPD-Senat verabschieden. Eine Besserstellung der Beratungsstellen, die Verankerung von Toleranz und sexueller Vielfalt im Unterricht sind sicher zwei wichtige Punkte für einen solchen Aktionsplan.

Antwort der FDP:

Im Juni 2014 wurde eine parlamentarische Initiative zur Erarbeitung eines umsetzungs- und maßnahmenorientierten Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie eingereicht (Drs. 20/12191), die in den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überwiesen wurde. Dort fand die erste Beratung des Antrags am 13.11.2014 statt. Die weitere Beratung wurde auf die Ausschuss-Sitzung im Januar 2015 vertagt. Die FDP-Fraktion Hamburg begrüßt diesen Antrag und wird ihn auch weiterhin unterstützen. Konkrete Maßnahmen sollten dazu unter Beteiligung der in diesen Fragen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Projekten entwickelt werden.

Antwort Grüne:

Ja, wir haben dazu bereits einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Im Mittelpunkt eines solchen Aktionsplans sollten Maßnahmen im Bereich Polizei und Kriminalitätsprävention sowie Aufklärung in den Schulen stehen. Die gesamte Bandbreite eines solchen Aktionsplans wollen wir Grünen aber mit der Community zusammen entwickeln. Denn dort ist das Wissen um Bedarfe kompetent vorhanden.



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de

2.2. Wie wollen Sie die besondere Situation von Schwulen, Lesben und Transgendern bei Programmen zur Gewaltprävention und zur Opferhilfe berücksichtigen?

Antwort der SPD:

Diese Zielsetzungen finden sich bereits zum Teil in den vom Senat verabschiedeten Konzepten wieder. Das betrifft insbesondere das Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel und Gewalt in der Pflege, das ausdrücklich die Betroffenheit von Lesben, Schwulen, Intersexuellen und Trans-Menschen berücksichtigt. Zudem bestehen Schnittstellen zum Landesprogramm gegen Rechtsextremismus im Hinblick auf die Bekämpfung vorurteilsmotivierter Gewalt. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen in diesen Konzepten setzen wir auf eine breite Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Projekte.

Antwort der CDU:

Auf der Hamburger Landesebene gibt es eine Reihe von Programmen zur Gewaltprävention, wie etwa „Vielfalt in der Schule“, „Gewalt in der Schule“, „Biss –Konflikten konstruktiv begegnen“ oder auch „Mobbing in der Schule“. Diese Programme mit ihren Informationsangeboten müssen speziell auf die Situation von Homosexuellen, Transgendern etc. hin überprüft und diese ggf. in die Programme integriert werden.

Antworten der FDP:

Die besondere Situation sollte in den bestehenden Programmen ausdrücklich berücksichtigt werden. Der Aspekt der Homo- und Transphobie sollte in die entsprechenden Leitlinien und Publikationen aufgenommen werden und auch in der Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern beteiligter Stellen vermittelt werden. Wir setzen uns weiterhin für die finanzielle Unterstützung der bestehenden Programme ein.

Antwort Grüne:

Damit man die richtigen Präventionsmaßnahmen auf den Weg bringt bedarf es einer Datenbasis. Einerseits müssen die Täter erfasst werden und andererseits bedarf es zu dieser Erfassung eine Schulung der Polizeistellen. Hamburg muss endlich anfangen, die vorhandenen Täterdateien von Hasskriminalität zu nutzen und dort alle Taten von Hasskriminalität zu erfassen. Das wäre eine gute Wissensbasis für effektive Prävention. Allerdings müssen hier die Polizeibeamten und -beamtinnen auf den Revieren entsprechend eingewiesen werden. Dafür fehlt bisher der politische Wille im Senat.

2.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es hauptamtliche Ansprechpartner/innen für homo- und transphobe Hasskriminalität bei der Hamburger Polizei und Staatsanwaltschaft gibt?

Antwort der SPD:

Wenn Menschen Opfer einer aus homo-oder transphoben Motivation heraus begangenen Straftat werden, dann muss eine solche Tat konsequent geahndet werden. Seit diesem Jahr sind bereits auf der Grundlage eines neuen Konzeptes vier geeignete Mitarbeiter aus der Polizei entsprechend tätig.



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Zudem hat die Hamburger Polizei den Bereich der Prävention neu aufgestellt und es laufen Gespräche für zukünftig regelmäßig stattfindende Konsultationen zwischen Polizei und Community.

Bei der Staatsanwaltschaft Hamburg ist ein Ansprechpartner für Hasskriminalität vorhanden, der für die Bearbeitung der entsprechenden Verfahren zuständig ist und auch als Anlaufstelle für Verbände und Einrichtungen in Bezug auf allgemeine Fragen und Anliegen dient.

Es ist im Übrigen generell sinnvoll, wenn Betroffene eine Anzeige direkt bei der Polizei erstatten. Uns ist es wichtig, die Vorbehalte, die Opfer einer aus homophoben oder transphoben Motiven begangenen Straftat hinsichtlich einer Anzeige haben können, ernst zu nehmen. Deshalb setzen wir auf Schulung und Sensibilisierung der Polizei und werden beispielsweise die Anzeigeformulare überprüfen.

Antwort der CDU: Ja

Antwort der FDP:

Grundsätzlich ist jeder Polizist im Dienst Ansprechpartner für Opfer oder von Verbrechen jeglichen Hintergrundes bedrohte Personen. Opfer homo- oder transphober Gewalt scheuen aber oft davor zurück, Taten zur Anzeige zu bringen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP, dass die Polizei nach langem Drängen nun endlich entsprechende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt hat. Hier sollte nach einigen Monaten eine Evaluation erfolgen, um weitere Optimierungsbedarfe zu ermitteln. Dazu zählt auch die Frage der Berücksichtigung im Stellenplan soweit die entsprechenden Mittel vorhanden sind. Ebenso wie bei der Polizei könnte eine entsprechende Anlaufstelle bei der Staatsanwaltschaft die Verfolgung homo- und transphober Gewalt erleichtern. Wir würden dies unterstützen.

Antwort Grüne:

Ja, dafür haben die Grünen auch einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Eine ganz zentrale Frage ist, ob es hauptamtliche Ansprechpartner/innen bei der Polizei wie z.B. in Berlin und Niedersachsen gibt. In Hamburg mussten die Ansprechpartner/innen diese Aufgabe bisher nebenamtlich, also in ihrer Freizeit ausüben. Das wollen wir ändern. Denn der Job ist durchaus umfangreich. Es bedarf einerseits eines Wirkens innerhalb der Polizei, um hier die Sensibilität gegenüber solchen Hasstaten zu erhöhen. Andererseits brauchen auch die nicht geouteten Kollegen und Kolleginnen Rat und Beistand.

3. Homosexualität und Alter

Zum ersten Mal gibt es in Deutschland eine Generation von älteren Lesben und Schwulen, die offen zu ihrer sexuellen Identität stehen. Sie beanspruchen nicht nur, in ihren Rechten mit heterosexuellen Menschen gleich behandelt zu werden, sondern wollen auch, dass ihre jeweiligen Bedürfnisse in ihrer neuen Lebensphase berücksichtigt werden. Aus dieser Lebenssituation ergeben sich Konsequenzen. Für LGBT*! macht dies einen neuen Umgang mit dem Alter notwendig. Die Seniorenarbeit für ältere Lesben und Schwule muss stärker von Verbänden und Verwaltungen aufgegriffen werden, und die Altenhilfe muss sich besser auf die Lebenssituation älterer Lesben und Schwulen einstellen, denn noch immer führen viele ältere lesbische Frauen und schwule Männer ein soziales Doppelleben und sind in unserer Gesellschaft unsichtbar. Sie nutzen die Institutionen der Altenhilfe nicht oder sie geben sich dort aus Angst vor Ausgrenzung aufgrund ihrer sexuellen Identität nicht zu erkennen.

Fragen:

3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Interessen von LGBT! Seniorinnen und Senioren mit ihren Lebensentwürfen und Lebenslagen im Landes-Seniorenbeirat Hamburg vertreten sein werden und damit gesichert sind?*

Antwort der SPD:

Das neue Seniorenmitwirkungsgesetz, das die SPD auf den Weg gebracht hat, sieht eine Öffnung für aktive Seniorinnen und Senioren vor. Mit 20 Unterstützerinnen und Unterstützern können Delegierte in



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



die Bezirksseniorenversammlung entsandt werden und sich an der Wahl der Bezirksseniorenräte beteiligen. Auf diese Weise können auch LGBT*I, auch ohne sich „outen“ zu müssen, an der Arbeit der Seniorenbeiräte partizipieren.

Die Benennung von weiteren fachkundigen überbezirklichen aktiven Mitgliedern des Landesseniorenbeirats verfolgt nicht das Ziel, alle relevanten Bevölkerungsgruppen abzubilden. Sie erfolgt seit der Neuregelung des Seniorenmitwirkungsgesetzes durch die Mitglieder des Landesseniorenbeirats selbst. Wir unterstützen die aktive Beteiligung von LGBT*I Seniorinnen und Senioren und halten die Entsendung von Delegierten nach §4 Absatz 2 des Seniorenmitwirkungsgesetzes für einen guten Weg.

Antwort der CDU: Ja

Antwort der FDP:

Eine bessere Berücksichtigung der Interessen von LGBTI-Senioren halten wir für erstrebenswert. Grundsätzlich besteht bereits heute die Möglichkeit, dass sowohl über die Wahlen der Delegiertenversammlungen und Bezirks-Seniorenbeiräte wie über die berufenen Mitglieder auch LGBTI-Vertreter in den Landes-Seniorenbeirat einziehen. Dies erfordert aber entsprechende Mehrheiten und damit Engagement sowie Akzeptanz bei den jeweils wahlberechtigten anderen Senioren. Eine Festschreibung im Seniorenmitwirkungsgesetz vergleichbar der Mitglieder mit Migrationshintergrund könnte mittelfristig die Beteiligung absichern. Wir halten es aber nicht für sinnvoll, die Wahlregeln bereits vor Ablauf der ersten Wahlperiode auf Grundlage des Seniorenmitwirkungsgesetzes erneut zu ändern.

Antwort Grüne:

Diese Forderung sollten wir mit dem Seniorenbeirat gemeinsam besprechen. Bisher sind weder Migrationshintergrund oder sexuelle Identität ein Kriterium für eine Mitgliedschaft. Dennoch muss es eine Antwort darauf geben, wie eine vielfältigere Gesellschaft auch im Seniorenbeirat vertreten sein kann.

3.2. Was werden Sie tun, damit Altenpflege und Altenhilfe sich besser auf die Lebenssituation älterer Lesben und Schwulen einstellen?

Antwort der SPD:

Viele Lesben und Schwule wünschen sich im Pflegefall in bestehenden ambulanten und (teil-)stationären Strukturen integriert zu werden. Zugleich bestehen verbreitete Sorgen und Ängste, die Identität (wieder) verstecken zu müssen, auf fehlende Kompetenzen bei den Pflegenden zu treffen und in entsprechenden Einrichtungen nicht diskriminierungsfrei behandelt zu werden. Einige Betroffene haben das Bedürfnis nach einer Versorgung innerhalb einer für Lesben und Schwule spezifischen Versorgungsstruktur. Professionelle ambulante und (teil-)stationäre Altenpflege berücksichtigt die Individualität der Pflegebedürftigen unter Einbezug ihrer Biografien und spezifischen Bedürfnisse. Diese Professionalität gilt es im Hinblick auf die Bedürfnisse und Bedarfe von pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen, die nicht der heteronormativen Vorstellung entsprechen, weiter auszubauen. Dazu müssen die Themen in der Aus- Fort- und Weiterbildung von in der Pflege tätigem Fachpersonal implementiert werden. Auch der Kontakt von LSBTI*-Interessenvertretungen und Pflegeeinrichtungen und -diensten ist zu intensivieren, damit gemeinsam weitere Handlungserfordernisse und Möglichkeiten in Bezug auf eine LSBTI* sensible Pflege identifiziert und umgesetzt werden können. Dabei gilt es auch, Überlegungen zur Entwicklung einer Zertifizierung von LSBTI*-sensiblen Pflegeeinrichtungen und -diensten auszutauschen und ggf. umzusetzen. Für den Verbleib im Lebensumfeld wollen wir in den kommenden Jahren mehr alternative Wohnangebote schaffen: Seniorenwohngemeinschaften, Wohngruppen und andere Gemeinschaftseinrichtungen für ältere Menschen. Dazu zählen auch ältere Lesben und Schwule.



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de

Antwort der CDU:

Die Berücksichtigung spezieller Bedürfnisse älterer LSBTI-Bürger im Bereich der Pflege ist ein bundespolitisches Thema. Gerne nehmen wir hier Anregungen entgegen und leiten diese an die Bundes-CDU weiter, um diese Anregungen in den politischen Prozess einzubringen.

Antwort der FDP:

Die Bedürfnisse älterer und pflegebedürftiger Lesben und Schwuler sind zu respektieren. Dies gilt insbesondere für Pflegeeinrichtungen und andere Institutionen der Altenhilfe. Wir sind gegen die Ablehnung eines gewünschten Einzugs von älteren LGBTI in eine Einrichtung für Betreutes Wohnen oder in ein Pflegeheim aufgrund der sexuellen Identität. Dies gilt auch für eventuelle Diskriminierungen in entsprechenden Einrichtungen durch Mitbewohner oder Personal. Dazu brauchen wir vor allem eine Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Antwort Grüne: Siehe Antwort zu 4.3.

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass soziale Netzwerke und Orte für ältere Lesben, Schwule und Trans konzipiert werden und dafür sorgen, diese zielgruppenorientiert in den bestehenden LGBT*I Organisationen zu verankern, um ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen?*

Antwort der SPD:

Um Diskriminierung im Alltag entgegenzuwirken und Akzeptanz zu fördern, werden wir in Zusammenarbeit mit den relevanten Einrichtungen und Zielgruppen in Hamburg ein Handlungskonzept umsetzen, das alle gesellschaftlich relevanten Lebensbereiche von den Schulen über die (Sport-)Vereine bis hin zum Arbeitsplatz umfasst.

Wir setzen uns dafür ein, die Einbindung von LSBTI-Senior*innen in die offene Seniorenarbeit zu fördern und diesbezügliche Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln.

Antwort der CDU: Ja

Antwort der FDP:

Die FDP setzt sich für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensabschnitten ein. Wir unterstützen die Selbstorganisation von LGBTI-Senioren. In anderen Bundesländern gibt es bereits Wohnprojekte für LGBTI-Senioren. Eine Ausweitung derartiger Projekte würden wir uns auch für Hamburg wünschen.

Antwort Grüne:

Ja, die Frage der Integration von älteren LSBTI wird durch den demografischen Wandel immer dringlicher. Dennoch sollte der Staat hier nicht allein vorgehen. Die Bedürfnisse der LSBTI müssen zunächst einmal repräsentativ ermittelt werden. Dann können entsprechende politische Maßnahmen und Unterstützung folgen.

4. Schwule und bisexuelle Männer und HIV/STI

Es gibt ein erhöhtes Risiko sich mit HIV zu infizieren.

Ein wesentlicher Faktor: 14.000 Menschen wissen nichts von ihrer HIV-Infektion. Sie werden dementsprechend nicht mit HIV-Medikamenten behandelt, die auch die Übertragung von HIV verhindern würden. Diese Zahl steigt seit längerer Zeit. Das Risiko, beim Sex ohne Kondom auf einen Partner mit hoher Viruslast zu treffen und sich zu infizieren, ist darum in den letzten Jahren gestiegen. Dies gilt vor allem für die besonders stark betroffenen Gruppen wie schwule Männer und Männern, die Sex mit Männern haben (MSM, keine schwule Identität)

Der Grund für diese Entwicklung: Die Testraten in den am stärksten betroffenen Gruppen (Schwule und MSM) sind zu niedrig. Von den 14.000 Menschen, die nichts von ihrer Infektion wissen, ist rund die Hälfte schon länger als drei Jahre infiziert. Bei 7,2 Prozent besteht die Infektion sogar schon zehn



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Jahre oder länger. Für die Betroffenen führt dies zu einem hohen Risiko schwerer Gesundheitsschäden, die heute vermeidbar sind. Eine zunehmende Rolle in der HIV-Prävention nehmen andere sexuell übertragbare Infektionen (STI) ein. Die Infektion vieler STI verlaufen häufig unbemerkt. Zudem können STI eine HIV Infektion begünstigen. Laut Robert Koch Institut bekommen die STI Infektionen bei schwulen Männern generell eine zentrale Bedeutung in der HIV-Prävention. Um die unbemerkten Infektionen aufzudecken, bedarf es eine hohe Testbereitschaft unter schwulen Männern. Für höhere Testraten braucht es noch mehr anonyme und vertrauenswürdige Testmöglichkeiten in den Lebenswelten der am stärksten betroffenen Gruppe der schwulen und bisexuellen Männer. Schwulen Männern und anderen Menschen mit einem erhöhten HIV-Risiko empfiehlt die Deutsche AIDS-Hilfe, sich einmal im Jahr auf HIV testen zu lassen. So ist der Therapiebeginn zum optimalen Zeitpunkt möglich. Eine Schlüsselrolle hat die Prävention vor Ort, die in den Lebenswelten der schwulen und bisexuellen Männer ansetzt und das persönliche Gespräch ermöglicht. Solche Angebote sind jedoch drastisch unterfinanziert.

Fragen: 4.1 Werden Sie sich dafür einsetzen die Community basierten HIV/STI Testangebote für Schwule, Bisexuelle und Männer, die Sex mit Männern haben weiter auszubauen?

Antwort der SPD: Zur Vorbeugung von HIV-Infektionen ist die Prävention als wichtigste Maßnahme heute akzeptiert. Die Präventionsarbeit von Hein und Fiete wurde von der SPD in den vergangenen Jahren gestärkt und ausgebaut. An diesem Kurs wollen wir festhalten und das medizinische Beratungsangebot wird aktuell im Rahmen der Kooperation erneut von der zuständigen Behörde personell verstärkt. Zudem hat Hamburg ein beispielhaftes Unterstützungsangebot aufgebaut, um die Akzeptanz und Teilhabe von HIV-Infizierten und Aids-Kranken zu erhöhen und Diskriminierung abzubauen. In unseren Initiativen zur Vermeidung von HIV lassen wir nicht nach.

Antwort der CDU: Ja

Antwort der FDP: In Hamburg gibt es mit der AIDS-Hilfe, dem Infoladen Hein + Fiete sowie CASA blanca mehrere Alternativen für Community basierte anonyme Tests. Sicher wäre eine Ausweitung der Sprechstundenzeiten dieser Angebote wünschenswert. Aus unserer Sicht ist die wesentliche Ursache für nicht erkannte Infektionen aber nicht das Fehlen von Testangeboten in Hamburg, sondern vielmehr eine geringe Motivation, sich tatsächlich testen zu lassen. Dies gilt insbesondere für junge Menschen und für Männer ohne direkten Bezug zur Community wie z. B. Migranten. Daher halten wir es für vorrangig, verstärkt für Tests zu werben. Eine entsprechende Kampagne mit einer zielgruppengerechten Ansprache sollte zusammen mit den Beratungsstellen entwickelt werden.

Antwort Grüne: Gemeinsame Antwort zu den Fragen 4.1. und 4.2.

Ja, wir setzen uns für eine gute Finanzierung der Testangebote und der Vor-Ort-Arbeit ein. So haben wir uns beispielsweise in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2015/16 in der Hamburger Bürgerschaft für eine bessere Finanzierung der Hamburger Aidshilfe eingesetzt (Drs. 20/13906).



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



4.2. Werden Sie sich dafür einsetzen die Vor-Ort Arbeit in den schwulen, bisexuellen und MSM Szenen weiter finanziell auszubauen und zu stärken?

Antwort der CDU: Ja

Antwort der FDP: Die direkte Ansprache und Vor-Ort-Arbeit in den jeweiligen Szenen hat aus unserer Sicht eine hohe Bedeutung, um für Testangebote zu werben und die Testbereitschaft zu erhöhen. Wir halten es daher für sinnvoll, eventuelle Defizite zu evaluieren und ggf. das Angebot zu verbessern. Allerdings stehen zusätzliche Ausgaben für die FDP immer unter dem Vorbehalt einer soliden Gegenfinanzierung (siehe auch Frage 1.2).

5. Stigmatisierung von HIV Positiven Menschen

Eine HIV Infektion wird häufig aus Angst vor Stigmatisierung verschwiegen. In der Studie mit dem Titel "positive stimmen" wurden zum ersten Mal aussagekräftige Daten zur Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV in Deutschland erhoben. Dabei wurden 1.148 Interviews mit HIV-positiven Menschen durchgeführt.

Die Mehrheit der Befragten hat bereits Diskriminierung erlebt. 77 Prozent geben an, dass sie im Jahr vor der Befragung von Tratsch über Beleidigungen bis hin zu tätlichen Angriffen betroffen waren. Viele HIV-Positive verinnerlichen diese negativen Zuschreibungen und übernehmen sie für sich selbst. Sie beginnen, sich so zu sehen und zu fühlen, wie sie von außen gesehen und beschrieben werden. Selbststigmatisierung hat ausgesprochen ungünstige Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl und Selbstbild und erschwert massiv den Umgang mit der eigenen HIV-Infektion und wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus. Die größte Zahl der HIV- Infizierten in Deutschland sind in der Gruppe der schwulen Männer zu finden. Diese sind dann häufig einer doppelten Stigmatisierung ausgesetzt. Eine Stigmatisierung von HIV Positiven Männern findet auch in den schwulen Szenen statt.

Frage:

5.1 Wie wollen sie dieser gesellschaftlichen Stigmatisierung von Schwulen Männern mit einer HIV-Infektion begegnen?

Antwort der SPD:

Zu 5.1 und 5.2 Das differenzierte Hilfesystem wird weiterhin auf hohem Niveau gefördert. Zukünftig wird ein noch größeres Augenmerk auf Maßnahmen gegen Diskriminierung von Infizierten innerhalb der Gesamtbevölkerung und auch in den Szenen und Communities gelegt werden. Den sich wandelnden Herausforderungen werden wir mit den erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Steuerungsmöglichkeiten begegnen.

Antwort der CDU: Durch öffentliche Kampagnen und Bildungsangebote sowie eine stärkere Verankerung des Themas HIV im Schulunterricht.

Antwort der FDP:



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Die FDP tritt entschieden für den Abbau von Diskriminierung und gegen Intoleranz ein. Stigmatisierung kann nur vermieden werden, wenn ein gesellschaftliches Klima geschaffen wird, in dem Toleranz selbstverständlich ist. Gegen Berührungängste helfen in erster Linie Aufklärung und Information. Ein Beispiel ist die Kampagne „Positiv zusammen leben“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die sich für ein positives Zusammenleben und gegen Diskriminierung einsetzt. Wir wollen entsprechende Kampagnen weiterführen.

Antwort Grüne

Gemeinsame Antwort zu den Fragen 5.1 und 5.2 *Wir Grüne setzen uns seit vielen Jahren für die Entstigmatisierung der Menschen mit HIV und AIDS ein. Hierfür brauchen wir unterschiedliche Maßnahmen: Beispielsweise eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung von Aufklärungs- und Beratungsangeboten sowie der Selbsthilfe. Besonders fördern wollen wir unter anderem Projekte der Jugendarbeit im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit.*

5.2 Welche Angebote für schwule Männer mit einer HIV- Infektion wollen sie unterstützen?

Antwort der CDU:

Alle bereits in Hamburg bestehenden Angebote von der AIDS-Hilfe, über Hein & Fiete bis hin zu Casa blanca etc.

Antwort der FDP:

Wir treten dafür ein, die vorhandenen Angebote zu Beratung, Selbsthilfe und medizinischer Versorgung HIV-Infizierter zu sichern und auch künftig weiter zu unterstützen.

6. Lesben und Alter

Die Verfolgungssituation von Lesben ist nicht vergleichbar mit der von Schwulen. In vielen Staaten wird weibliche Homosexualität nicht strafrechtlich erfasst, ist aber gesellschaftlich genauso tabuisiert und geächtet. Zudem unterliegen Lesben der Unterdrückung, die alle Frauen erfahren. Gleichgeschlechtlich lebende oder handelnde Frauen werden bedroht und durch Ausübung von Gewalt für ihr von der Norm abweichendes Verhalten „bestraft“. Häufig geschieht dies durch Täter aus dem persönlichen Umfeld (Familienangehörige, Personen aus dem Arbeits-, Schul-, Studiumfeld). Lesben haben wie alle Frauen weniger Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sind wirtschaftlich von ihren Herkunftsfamilien abhängig oder von einem Mann, denn sie zwangsweise heiraten müssen. Ein mehr oder weniger offenes und tatsächlich umzusetzendes lesbisches Leben, wie es in westlichen Ländern heutzutage üblich ist, kann in vielen Staaten nicht erwartet werden.

Oft ermöglicht erst die persönliche Entwicklung im Laufe eines Lebens, sich von gesellschaftlichen Zwängen und der anerzogenen Rollenerwartung zu befreien und die eigene nicht-heterosexuelle Identität leben zu können. Entscheidend für einen Asylantrag muss die aktuelle Lebenssituation und Identität sein, die zur Verfolgung und Bedrohung führen.

Fragen:

6.1 Haben Sie vor, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Verfolgung aufgrund von Homosexualität als Asylgrund anerkannt wird?

Antwort der SPD:

Zu 6 gesamt: Die Anerkennung von Homosexualität als Asylgrund ist nicht ausgeschlossen. Entscheidend ist aber jeweils die rechtliche Einzelfallprüfung.

In Hamburg leben viele Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Dieser Vielfalt wollen wir auch durch vielfältige Beratungsangebote gerecht werden. Für die unterschiedlichen



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Bevölkerungsgruppen jeweils getrennte Beratungs- und Hilfesysteme zu entwickeln halten wir allerdings für nicht zielführend. Dies würde Segregation - nicht Inklusion fördern.

Der Senat fördert die Antidiskriminierungsberatung der Beratungsstelle „amira“. Das, auch muttersprachliche, Beratungsangebot richtet sich an Migrantinnen und Migranten die von Diskriminierung betroffen sind, beispielsweise aufgrund der sexuellen Orientierung.

Dieses Beratungsangebot setzt eines der wichtigen Ziele des 2013 vorgelegten Integrationskonzeptes „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenarbeit“ um.

Diese Unterstützung wollen wir fortführen, ebenso wie die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den zuständigen Stellen und Trägern.

Die Förderung von Akzeptanz und der Abbau von Diskriminierung werden zudem im Hamburger Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg – Stadt mit Courage“ thematisiert. Dieses Programm werden wir ebenfalls weiterführen und bedarfsorientiert weiterentwickeln.

Antwort der CDU:

Ja. Allerdings ist es kontraproduktiv Homosexualität als Asylgrund anzuerkennen. Beim Thema Asyl steht die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung im Vordergrund.

Antwort der FDP:

Nach den Urteilen des EuGH stellt die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung einen Asylgrund dar. Dies gilt insbesondere, wenn im Herkunftsland konkret Freiheitsstrafen für gleichgeschlechtliche Handlungen verhängt werden. Dies ist im Asylverfahren bei der Prüfung und Bewertung der individuellen Verfolgungssituation zu berücksichtigen. Aus unserer Sicht sind insbesondere Verbesserungen im Asylverfahren zu erwägen, wo Betroffene ihre sexuelle Orientierung und die daraus resultierende Verfolgung nicht im Erstaufnahmegespräch offenbaren oder es gar erst nach der Flucht zum Coming-out kommt.

Antwort die Grünen:

Eine asylrechtliche Anerkennung ist bereits möglich (vgl. § 3b Nr.4 b. AsylVfG) und erfolgte durch das Bundesamt für Migration und Flucht, bereits vor dem Urteil des EUGH.

*6.2 In welcher Form wollen Sie dafür sorgen, dass Behördenmitarbeiter*innen über die spezielle Verfolgungssituation lesbischer Frauen und schwuler Männer geschult und diesbezüglich sensibilisiert werden (siehe auch das Urteil des EuGH in den Rechtssachen C-148/13 bis C-150/13 vom 2. Dezember 2014)?*

Antwort der CDU:

Indem wir nach der Wahl einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einbringen, der solche Schulungen fordert.

Antwort der FDP:

Die Rechtsprechung des EuGH und eine Sensibilisierung für die besondere Situation der aufgrund von Homosexualität verfolgten Menschen sollte bei der Fort- und Weiterbildung der Entscheider im Asylverfahren verstärkt vermittelt werden. Hier ist insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefordert.

Antwort die Grünen:

Für die Prüfung von Asylgründen ist das Bundesamt für Migration und Flucht zuständig, Schulung und Sensibilisierung des Personals ist Aufgabe des Bundes. Wie vom EUGH vorgegeben, müssen die Behörden bei der Prüfung einer von einer asylsuchenden Person behaupteten Homosexualität das EU-Recht (Richtlinien 2004/83 und 2005/85) und insbesondere die Grundrechte aus der EU-Grundrechtecharta beachten, so das Recht auf Wahrung der Würde des Menschen und das Recht auf



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Achtung des Privat- und Familienlebens. Es selbstverständlich erforderlich, dass die beschäftigten MitarbeiterInnen bei der Prüfung jeden einzelnen Flucht-/Asylgrundes die erforderliche Sensibilität aufbringen und über fluchtgrundspezifisches Wissen verfügen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die, für Flüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens, zuständigen hamburgischen Behörden, die besondere Situation der wegen ihrer Sexualität verfolgten Männer und Frauen angemessen und sensibel berücksichtigen.

6.3 Welche Förderung der Beratungsarbeit für lesbische und schwule Migrant*innen und Asylbeantragende in Hamburg haben Sie geplant?

Antwort der CDU:

Schulungen, eine bessere Personalausstattung und mehr Fördermittel- all das kann in der kommenden Legislaturperiode geprüft und die notwendigen Maßnahmen in der Bürgerschaft beantragt werden.

Antwort der FDP:

Wir sehen Defizite hinsichtlich der gezielten Ansprache von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund. Wir würden es begrüßen, wenn Vereine, Initiativen und Gruppen in dieser Frage verstärkt aktiv werden. Eine finanzielle Förderung sollte jeweils im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel geprüft werden. Zudem könnte es sinnvoll sein, Veranstaltungen zu initiieren, über die eine Vernetzung von Multiplikatoren aus den jeweiligen Communities erreicht werden könnte.

Antwort Grüne

In Hamburg haben über 27% aller hier lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Deshalb wollen wir grundsätzlich, dass alle Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen interkulturell und kultursensibel arbeiten. Um das leisten zu können, müssen die Einrichtungen auch materiell dazu in die Lage versetzt werden. Das gilt sowohl für den im Einzelfall notwendigen Einsatz von Dolmetscher/innen als auch für die Erstellung von muttersprachlichem Material.

6.4 Haben Sie vor, dass die Stadt Hamburg spezielle Unterkünfte für asylsuchende Frauen (mit und ohne Kinder) einrichtet, damit Frauen nicht der Gefahr von sexueller und sonstiger Gewalt in gemischten Unterkünften ausgesetzt sind?

Antwort der CDU:

Nein. Flüchtlingsheime nur für Frauen sind derzeit nicht machbar. Vielmehr muss in den bestehenden Unterkünften der Schutz der Frauen verbessert werden.

Antwort der FDP:

Grundsätzlich wäre es sinnvoll, auch spezielle Unterkünfte anzubieten. Aufgrund der Versäumnisse des Senats besteht aktuell aber eine derartige Notsituation bei der Unterbringung von Asylbewerbern, dass für uns der Ausbau der Kapazitäten zunächst Vorrang hat.

Antwort Grüne:

Die UnterbringungsKapazitäten in Hamburg sind sowohl qualitativ als auch quantitativ mangelhaft. Die personelle Ausstattung ist unzureichend und die häufig auf der Flucht erlebte Ohnmachtssituation bzw. behördliche Willkür wird durch die Unterbringungssituation perpetuiert; Traumatisierungen verstärken bzw. verfestigen sich. Selbstverständlich muss bei der Belegung der Plätze auf besondere Schutzbedürftigkeit Rücksicht genommen werden. Das gelingt oft nicht. Hamburg setzt immer noch auf große Sammelunterkünfte, die Fremdkörper in den Nachbarschaften sind und die Menschen isolieren. Ein Mindestmaß an Schutz und Normalität zu gewährleisten ist am besten in normalen Wohnungen und kleineren Unterkünften möglich. Hamburg muss mutiger neue Wege gehen, etwa beim wohngerechten Umbau von Bürogebäuden oder bei der Integration von Wohnungen für



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Flüchtlinge in Neubauprojekte. Die Einrichtung von speziellen „Schutz-räumen/-häusern“ für Frauen, kann darüber hinaus in kleinem Maßstab notwendig sein.

7. Gleichheit in der Förderung

Die Lebensrealität von Lesben und Schwulen ist sehr unterschiedlich. Diese wird bei Lesben stärker von ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Frauen geprägt, als zur Gruppe der Homosexuellen. Von daher stehen für Lesben Diskriminierungen, die sich aus der Geschlechterfrage ergeben, auch stärker im Fokus als die, die sich aus der sexuellen Orientierung ergeben. Eine gemeinsame Betrachtung von Lesben und Schwulen macht zwar vor allem dann Sinn, wenn der Gegensatz zur heterosexuellen Welt im Fokus steht (z. B. während des intrapsychischen Prozesses der Identitätsentwicklung). Bei den meisten anderen Punkten ist jedoch eine getrennte Betrachtung von Schwulen und Lesben sinnvoll (Wohnen, Alter, Armut, Beruf, Erwartung an gesellschaftliche Rolle, Gesundheit, Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, Teilhabe an Staat und Gesellschaft, Schutz durch den Staat, Wertschätzung und Anerkennung durch Wahrnehmung und Öffentlichkeit).]

Leider wird in der Diskussion häufig die Geschlechtsidentität ausgeklammert, wodurch lesbischen Frauen die besondere Problematik der doppelten Diskriminierung abgesprochen wird, was sich z. B. in der Frage von Themen wie Altersarmut besonders drastisch zeigt.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden Lesben und Schwule auch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten als gleich wahrgenommen. So wird z. B. in den Medien eine Studie des BBDO, die den Titel „Der schwule Konsument“ trägt und explizit Schwule befragt hat, die Auffassung kolportiert, dass „Schwule und Lesben längst zu einer wichtigen wirtschaftlichen Zielgruppe geworden“ sind und „Homosexuelle stark überdurchschnittlich in Aktien und Investmentfonds“ investieren.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass wohlhabende Schwule bereiter sind, für schwule (oder Aids-) Projekte zu spenden, als Lesben für lesbische Projekte. So haben Schwule – zusätzlich verstärkt durch die Bereitschaft heterosexueller Frauen, für schwule Belange zu spenden, während sich die Zahl heterosexueller Männer, dies umgekehrt für Lesben zu tun, in Grenzen hält.

Auch die öffentliche Hand fördert bundesweit schwule Projekte ungleich mehr als lesbische Projekte. So stellt eine Pressemitteilung der Niedersächsische Landesregierung (PM Nov. 2013 zu einer kl. Anfrage) fest: „Neu ist, dass noch einmal der gleiche Betrag explizit für die Förderung von Selbsthilfestrukturen für Lesben und bisexuelle Frauen eingesetzt werden soll und damit eine längst überfällige Gleichberechtigung der Förderung von Lesben und Schwulen hergestellt wird. (...) Für

den Bereich der Lesben und Schwulen wird entscheidend sein, dass zukünftig eine paritätische Förderung der Selbsthilfestrukturen beider Gruppen (...) erfolgt.“

Auf Grund der derzeitigen personellen/ finanziellen Ausstattung können dringend notwendige innovative Konzepte, beispielsweise für die Arbeitsbereiche Gewalt gegen Lesben, Lesben im Alter, lesbische Migrantinnen, Asylbeantragende, Geschichtsaufarbeitung nicht erarbeitet und umgesetzt werden.

Frage:



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de



LAG Lesben und Schwule Hamburg



Plant Ihre Partei eine paritätische Förderung von Lesben und Schwulen herzustellen und dem entgegenzuwirken, dass Hamburg weiterhin Schlusslicht in der Förderung von Akzeptanzprojekten für Lesben bleibt?

Antwort der SPD:

Der Senat hat in dieser Legislaturperiode das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm verabschiedet. Dieses beinhaltet auch einen Gender Budgeting Ansatz, der eine geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Ressourcen zum Ziel hat. Bereits mit der Vorlage des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016 hat der Senat entsprechende gleichstellungspolitische Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Diesen Ansatz werden wir weiter verfolgen.

Antwort der CDU:

Quoten dieser Art lehnt die CDU ab. Es kann nicht sein, dass etwa bei Einstellungen in Betrieben die sexuelle Orientierung eine Rolle spielt. Die Abfrage der sexuellen Orientierung hat im Bewerbungsverfahren nichts zu suchen und wäre an sich schon eine Form der Diskriminierung. Bei Akzeptanzprojekten für Lesben und Schwule tut Hamburg bereits viel. Wir sind offen für weitere Verbesserungsvorschläge.

Antwort der FDP:

Die FDP will die bewährten Angebote und Projekte zur Förderung und Unterstützung von Lesben und Schwulen erhalten und sichern. Die Forderung nach einer paritätischen Förderung würde aber entweder bedeuten, das Angebot für schwule Männer zu reduzieren oder erhebliche Mehrausgaben zu tätigen. Beides halten wir nicht für sinnvoll. Angesichts der Verschuldung Hamburgs treten wir für eine solide Haushaltspolitik ein (siehe auch Frage 1.2). Daher kann nur ein schrittweiser Ausbau der Angebote für Lesben realistisch sein.

Antwort Grüne:

Wir GRÜNE unterstützen den Anspruch einer paritätischen Förderung zwischen Lesben und Schwulen. Dabei wollen wir die jeweiligen Belange in den Trägern und zwischen den konkurrierenden Trägern Rechnung tragen. Es macht daher Sinn, dass sich die Träger und die zuständige Senatsbehörde auf eine Umsetzung des Ziels einer paritätischen Förderung verständigen.

Vertreter_innen der LAG L+S Hamburg



Intervention e.V.
Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
info@lesbenverein-intervention.de
www.lesbenverein-intervention.de



Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
22303 Hamburg
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de



LSVD Hamburg c/o Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de



Hein&Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
info@heinfiete.de
www.heinfiete.de